

Das heutige Renten-niveau ist finanzierbar

von Annelie Buntenbach

In den letzten Jahren war die Rentende-batte von dem Glaubenssatz bestimmt, dass die Senkung des Rentenniveaus unausweichlich sei, weil der Rentenbeitrag bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen dürfe. Dieser Glaubenssatz ist durch harte Zahlen widerlegt worden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat im Juni 2012 ein Konzept vorgelegt, mit dem Mindestanforderungen zur Sicherung der gesetzlichen Rente für die heute jungen Generationen finanziert werden können. Dazu zählen die Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Stand, die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente sowie – zumindest – das Aussetzen der Rente mit 67. Nötig ist dies, weil nicht nur der Niedriglohnsektor die künftigen Renten bedroht, sondern auch die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung seit 2001 um rund ein Viertel zurückgefahren werden. Bis 2030 soll allein das Rentenniveau bis auf 43 Prozent sinken. Dadurch würde die durchschnittliche Rente von Männern von 867 Euro (2011) in heutigen Werten auf 745 Euro fallen. Altersarmut und der soziale Abstieg im Alter würde die Mittelschicht erreichen. Dies ist jedoch keinesfalls alternativlos. Selbst bei einer Deckelung des Beitragssatzes bei 22 Prozent im Jahr 2030 ist zumindest die Sicherung des Rentenniveaus finanzierbar. Möglich ist dies durch den Aufbau einer Demografie-Reserve. Nach dem DGB-Konzept reicht eine jährliche Anhebung des Beitragssatzes um 0,2 Prozent. Danach würde der Beitragssatz bis zum Jahr 2025 auf 22 Prozent steigen und bis 2030 dort bleiben. So kann das heutige Rentenniveau für die Zukunft finanziert werden. Trotzdem bliebe noch eine Reserve von 217 Mrd. Euro im Jahr 2030. Zusätzlich können die Erwerbsminderungsrente verbessert



☞ Annelie Buntenbach ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB.

Foto: © Jana Stritzke

und die Rente mit 67 ausgesetzt werden. Dies zeigen Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung, die dem DGB-Konzept zugrunde liegen. Eine Beitragssatzsenkung, wie sie die Bundesregierung derzeit plant, würde die heutigen Reserven dagegen derart abschmelzen, so dass schon in wenigen Jahren eine drastische Beitragserhöhung droht. Dennoch bliebe trotz der – auch von der Bundesregierung geplanten – weiteren Beitragsssteigerungen bis auf 22 Prozent bis zum Jahr 2030 keinerlei finanzieller Spielraum. Die von Union und FDP geplante Beitragssenkung auf 19,0 Prozent ist deshalb unverantwortlich und straft der gesamten Vorsorge-Rhetorik Lügen.

Allerdings ist die zur Sicherung der künftigen Renten auch dann machbar, wenn der Beitragssatz von Schwarz-Gelb auf 19,0 Prozent abgesenkt werden würde. Alternativ könnten die Beitragsstufen von jährlich 0,2 Promille auch geringfügig modifiziert werden – so zum Beispiel in den ersten Jahren auf 0,3 Promille-Schritten. Die jährliche Mehrbelastung für Durchschnittsverdiener würde zwischenzeitlich um 1,30 Euro im Monat steigen. Das DGB-Modell zeigt also, dass große Spielräume möglich sind. Entscheidend ist der politische Wille. Die Behauptung, das heutige Rentenniveau sei in Zukunft nicht finanzierbar, ist in jeden Fall entkräftet – sogar bei einer Beitragsbegrenzung auf 22 Prozent. ■